

Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen!

Wir wollen klimaneutral leben

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu sein. Damit uns das gelingt, setzen wir voll auf erneuerbare Energien. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Gebäudesektor, in dem ein Großteil der Treibhausgasemissionen entsteht, weil dort sehr viel mit fossilen Energieträgern geheizt wird.

Umstieg breit fördern

Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) soll den Weg für mehr klimaneutrale Heizungen frei machen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Eine generelle Austauschpflicht für Heizungen wird es nicht geben.

Vorhandene Gas- und Ölheizungen können bis 2045 weitergenutzt werden. Reparaturen von funktionierenden Heizungen sind weiterhin möglich. Im Falle von irreparablen Defekten (Heizungshavarien) gelten weitreichende Übergangsfristen und Ausnahmen.

Klimaschutz gelingt nur, wenn alle mitmachen können. Deswegen soll der Einbau klimafreundlicher Heizungen finanziell gefördert werden, um allen den Umstieg zu nachhaltiger Wärme zu ermöglichen.

Klimafreundliche Heizungen rechnen sich

Der Umstieg auf klimafreundliches Heizen sorgt nicht nur für mehr Klimaschutz, sondern schützt auch vor hohen finanziellen Belastungen.



Denn: Wer heute eine neue Heizung einbaut, nutzt diese 20 bis 30 Jahre lang. Da die Preise für Gas und Öl in den kommenden Jahren auch aufgrund des CO₂-Preises weiter steigen werden, wird fossiles Heizen für viele Menschen deutlich teurer. Wer also schon jetzt auf eine Heizung mit erneuerbaren Energien umsteigt, macht sich unabhängig von den künftigen Preissteigerungen fossiler Brennstoffe. Durch diesen Effekt rechnet sich somit die Anschaffung einer zu Beginn teureren klimafreundlichen Heizung. Über die gesamte Lebensdauer der Heizung, zahlen sich die zunächst höheren Investitionskosten aus.

Was uns wichtig ist

Wir werden den Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag sehr intensiv beraten und sicher auch noch verändern, bevor wir ihn beschließen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird in diesen Beratungen auf folgende Punkte besonderen Wert legen:

Wir wollen den Umstieg auf klimafreundliches Heizen für die Breite der Gesellschaft sozial gestaffelt fördern. Die Wärmewende muss für alle finanzierbar sein. Besonders Vermögende können entsprechende Maßnahmen hingegen auch ohne Förderung stemmen.

Wir werden uns die Umsetzungsfristen genau anschauen. Ein Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2024 heißt nicht, dass jede Regelung dann bereits greifen muss. Anders als im Neubau sind für Bestandsbauten auch längere Übergangsfristen denkbar.

Um Sicherheit bei der Umstellung für die Bürger:innen zu erreichen, wollen wir einen Anspruch auf einen kostenlosen **individuellen Sanierungsfahrplan einschließlich Fördermöglichkeiten** festlegen.

Mieterschutz: Mieter:innen haben keinen Einfluss darauf, womit geheizt wird oder ob zum Austausch und zur Modernisierung Fördermittel in Anspruch genommen werden. Wir werden dafür sorgen, dass Mieter:innen beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungen nicht überfordert werden.

Handlungsmöglichkeiten der Bürger:innen erweitern: Außerdem legen wir Wert darauf, dass keine klimafreundliche Wärmetechnologie von vorneherein ausgeschlossen wird und praxistaugliche Lösungen für Holz- und Pelletheizungen gefunden werden. Bei einer Umsetzung der Pflicht durch den Anschluss an Netze (Wärme- und Wasserstoffnetze) brauchen wir angemessene Übergangszeiträume, um diese Option auch in der Praxis handhabbar zu machen.

Kommunale Wärmeplanung: Damit die Wärmewende gelingt, werden wir die gesamte Bandbreite an Lösungen in den Blick nehmen – und zwar am Gebäude, aber auch im Quartier. Deshalb muss das GEG mit der kommunalen Wärmeplanung verzahnt werden.

Weitere Infos:

www.spdfraktion.de/heizungswende

